

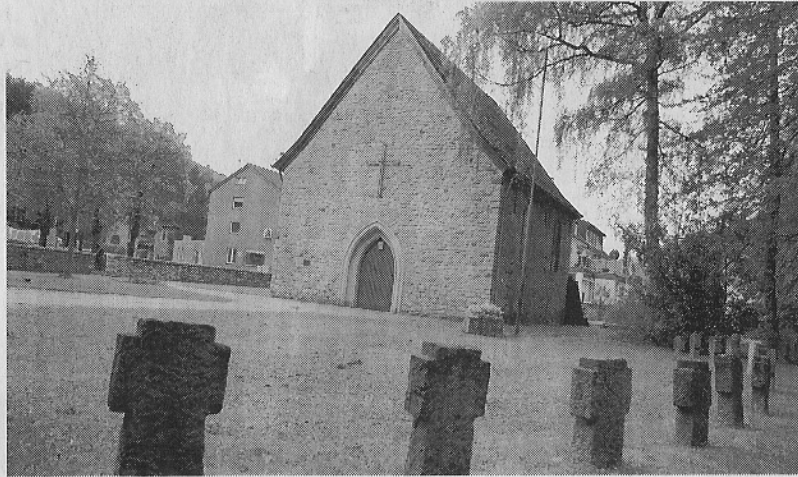
Urnen unter dem Rasen im Schatten der Johanniskapelle

Verwaltung plant „amerikanische Bestattungen“ in Vicht. Große Nachfrage. Vertrag mit der Pfarrgemeinde. Neue Hütte als Ersatz,.

Stolberg. Ein Gräberfeld für so genannte amerikanische Bestattungen soll in Vicht entstehen. Da auf dem im Hang liegenden Vichter Friedhof dafür keine Flächen zur Verfügung stehen, ist die Verwaltung auf ihrer Suche nach Alternativen fündig geworden auf dem Gelände der Johannes-Kapelle an der Eifelstraße.

Dort können allerdings nur Urnen beigesetzt werden, wie Bodenuntersuchungen auf dem nahe dem Bach gelegenen Gelände ergeben haben.

Die amerikanische Bestattung sieht eine Beisetzung der Urne unter einer rasenbündigen Gedenktafel vor. Die Nachfrage nach solchen Bestattungsformen sei so



Auf dem Gelände der Johanniskapelle in Vicht soll ein Bestattungsfeld zur Urnenbeisetzung entstehen.
Foto: J. Lange

groß, dass die Verwaltung mit dem Angebot in dem Ort eine Abwanderung auf Friedhöfe von Nachbarkommunen vermeiden wolle, erklärt Kämmerer Dr. Wolfgang Zimdars, der als Liegenschaftsdezernent Verhandlungen mit der katholischen Kirchengemeinde St. Johannes Baptist mit dem Ziel der Überlassung des Grundstückes rund um die Johanniskapelle aufgenommen hat. Vorgesehen ist ein zeitlich unbegrenzter Gestattungsvertrag, wobei die Stadt die Pflege von Grundstück und Einfriedungsmauer übernehmen will, während die Unterhaltung der Kapelle bei der Kirchengemeinde verbleiben soll.

Eine auf dem Gelände stehende

Hütte, die die Kirchengemeinde zur Lagerung verschiedener Utensilien für Veranstaltungen nutzt, soll durch die Stadt auf eigene Kosten beseitigt und durch eine neue Hütte von drei Mal sechs Metern ersetzt werden. Laut Kämmerer sind die erforderlichen Vertragsentwürfe von der Pfarrgemeinde und deren Aufsichtsbehörde genehmigt.

Für den Neubau der Hütte kalkuliert die Stadt 4000 Euro sowie für die Herrichtung und Unterhaltung von Grundstück und Bruchsteinmauer eine Investition von 1500 Euro und jährliche Folgekosten von 800 Euro. Der Hauptausschuss soll am 17. Mai eine Entscheidung treffen. (-jül-)